

Pressemitteilung

(19.04.2015)

Thema: Schweinefleischverbot in der AUBE

Mit Erstaunen haben wir die Antwort von Herrn Minister Antoniadis auf unsere schriftliche Frage zum Verschwinden des Schweinefleischs auf dem Speiseplan der außerschulischen Betreuung (AUBE) zur Kenntnis genommen und möchten hierzu Stellung beziehen.

Trotz der 4 Wochen, die dem Minister zur Beantwortung der Frage zur Verfügung standen, und die er auch in Anspruch genommen hat, erhielten wir eine Antwort, welche nicht auf den Kern eingeht und die uns sehr zu denken gibt.

Denn inzwischen haben sich weitere Eltern an uns gewandt und uns die Existenz eines solchen Schweinefleischverbots bestätigt. Laut ihren Aussagen dürfe an einem Standort der AUBE, welcher vom RZKB betrieben würde, ab dem Moment kein Schweinefleisch mehr angeboten werden, ab dem ein Kind, welches kein Schweinefleisch essen dürfe, an diesem Standort zur Betreuung eingetragen sei. Dabei spiele es keine Rolle, ob das Kind am Standort anwesend sei oder nicht. Auf Nachfrage bei besagten Eltern wurde uns ausdrücklich bestätigt, dass diese Regelung mit einer Schweinefleischverweigerung aus rein religiösen Gründen zu tun habe.

Diese Aussage haben wir in gleicher Form von Eltern, deren Kinder an unterschiedlichen Standorten betreut werden, gehört. Somit müssen wir die Glaubwürdigkeit des Ministers doch sehr in Frage stellen. Zwar kann in der Tat nicht von einem generellen Schweinefleischverbot geredet werden, da an manchen Standorten der AUBE keine Kinder mit Zugehörigkeit zum Islam eingetragen sind. Trotzdem besteht ein Verbot an den Standorten, wo dies der Fall ist und es würde laut unseren Informationen auch angewandt.

Das der Minister entweder nicht über diese Regelung informiert ist, oder aber die Wahrheit verschweigt, ist skandalös! Damit aber nicht genug. Stattdessen versucht er vom eigentlichen Thema abzulenken, indem er die Debatte hin zu einer Diskussion über die gesunde Ernährung steuern möchte. Die Vivant-Fraktion begrüßt alle Bemühungen zu Förderung der gesunden Ernährung im Allgemeinen und natürlich auch in der Kinderbetreuung. Gerne beteiligen wir uns an jeder Diskussion und begrüßen die Initiative, die der Minister in seiner Antwort angekündigt hat. Wir werden diese verfolgen und zu gegebenen Zeitpunkt unsere Ideen und Position mitteilen.

Doch dies sind zwei grundsätzlich unterschiedliche Debatten, die nichts miteinander zu tun haben.

Es scheint dem Minister sehr unangenehm zu sein, sich über dieses Thema zu äußern. Wozu sonst versucht er der Vivant-Fraktion zu unterstellen, dass wir womöglich die Einführung einer Schweinefleischpflicht fordern könnten. Dies wäre in unseren Augen genauso absurd, wie das eingeführte Schweinefleischverbot.

Nein, der Minister will keine Verantwortung übernehmen. Doch als Aufsichtsminister ist dies seine Pflicht. Gerade vor dem Hintergrund der enormen Herausforderung im Umgang mit Migranten und der vielfach gescheiterten Integration, muss die Politik gerade in alltäglichen Dingen ganz genau hinschauen.

Und eben deswegen kritisiert die Vivant-Fraktion diese Regelung aufs schärfste. Es kann nicht sein, dass aus welchem Grund auch immer, eine Gruppe von Menschen einer anderen gegenüber bevorzugt wird. Was antwortet der Minister denn all den Eltern, die sich wünschen, dass ihre Kinder nur noch vegetarische Nahrung zu sich nehmen sollten? Sicher wird es einige geben, die nur vegane Nahrung angeboten sehen wollen.

Wir möchten hier keine dieser Ernährungsarten bewerten. Was die Kinder essen sollen bzw. dürfen, bleibt zu aller erst eine Angelegenheit der Eltern bzw. der Erziehungsberechtigten. Die Politik hat sich hier heraus zu halten. Hier hat keiner einem anderen etwas vorzuschreiben. Weder, was er essen darf bzw. was er nicht essen darf. Natürlich muss für eine gesunde und ausgewogene Ernährung gesorgt werden. Und dass diese sich an den kulturellen Gepflogenheiten orientiert, liegt ebenso auf der Hand. Sensibilisierungen und Empfehlungen in diesem Bereich sind durchaus angebracht. Doch wie gesagt, dies ist eine ganz andere Diskussion.

Noch besser lässt sich die Problematik an den Kinder verdeutlichen, welche Allergien oder Unverträglichkeiten aufweisen. Analog zu dieser Regelung dürfte also beispielsweise nur noch Dinkelbrot in einem Standort der AUBE angeboten werden, wenn ein Kind eingetragen wäre, welches eine Weizenallergie hat.

Folgen die Verantwortlichen des RZKBs einer dieser Wünsche, so begeben sie sich zuerst einmal auf Glatteis. Denn sie benachteiligen so automatisch die Personenkreise, auf deren Wünsche sie nicht eingehen. Somit erschaffen sie eine Ungerechtigkeit, die zu Unverständnis und später auch zu Wut führen kann. Dieser wird dann auf die Gruppe von Menschen projiziert, die bevorzugt wurden. Wozu das langfristig führen kann, brauchen wir heute niemandem zu erklären.

Wir möchten glauben, dass den Verantwortlichen der AUBE diese Tragweite nicht bewusst ist. Tatsache ist auch, dass Fremdenfeindlichkeit nicht nur aus Vorurteilen entsteht. Nein, auch viele kleine Ungerechtigkeiten, die in der Summe ein großes Gewicht darstellen, können ein Nährboden sein. Hier gilt es, erst gar keine Grundlage dafür zu schaffen. Der Minister sollte hierzu unbedingt Stellung beziehen! Alles andere ist grob fahrlässig!

Etwas merkwürdig ist Ganze auch deswegen, da es eigentlich gar keine Notwendigkeit für ein Schweinefleischverbot gibt, wie es das RZKB eingeführt hat. Und dies aus zwei Gründen: Zum einen wurden zumindest bei der Brotzeit vorher neben Wurst auch schon andere Speisen wie Käse und Brotaufstrich angeboten. Die Auswahl war und ist so vielfältig, dass für jeden etwas dabei ist. Zum anderen gibt es laut unseren Informationen an einem Standort der außerschulischen Betreuung, welcher nicht vom RZKB betrieben wird, eine ganz einfache Regelung: Alle Eltern können den Speiseplan frühzeitig einsehen. Gerichte, welche Schweinefleisch enthalten, sind gekennzeichnet. Wird an einem Tag solches serviert, geben die Eltern ihren Kindern entsprechende Alternativen mit. Dies gilt ebenso für Kinder mit Allergien. Auch dort wissen wir von Eltern, dass sie ihren Kindern geeignete Nahrung bei Bedarf mitgeben. Dies nennen wir in der Tat eine sehr pragmatische Lösung.

Warum ein Schweinefleischverbot in der AUBE eingeführt wurde und wie der Minister dazu steht, blieb uns bisher verborgen. Dass sich inzwischen Unmut in der Bevölkerung breit macht, ist nachvollziehbar. Dass der Minister nicht Bescheid weiß oder aber nicht die Wahrheit sagt und vom Thema ablenkt, nicht!

In diesem konkreten Fall müssen wir uns also nicht wundern, wenn in sozialen Netzwerken die Frage gestellt wird, ob unsere Gäste nun schon mehr Rechte haben, als wir selbst!

Die Antwort des Ministers auf unsere Frage erhärtet in uns den Eindruck, dass die klassische Politik zwar gerne große Reden schwingt, aber kleine Entscheidungen, die weit größere Konsequenzen haben, lieber umgeht. Müssen wir uns dann wundern, dass wir an allen Ecken und Kanten Probleme haben, die uns schon lange über den Kopf wachsen?

Das Amt eines Ministers erfordert Verantwortungsbewusstsein. Dies vermissen wir bei Herrn Antoniadis in dieser, aber auch in anderen Angelegenheiten.

Alain Mertes
Michael Balter